

Der Vorhof zur Hölle

Heute vor 80 Jahren wurden die ersten Häftlinge in das Konzentrationslager in Börnicke eingeliefert

Das Lager in Börnicke war eines der ersten in Brandenburg. Bis Juli 1933 saßen dort etwa 500 Regimegegner ein. Dutzende von ihnen wurden von den Nationalsozialisten zu Tode geprügelt.

Von Philip Häfner

BÖRNICKE | In der Nacht wurde die Schreibstube des Lagerkommandanten zur Folterkammer. Mit Schlägen und Fußtritten wurden die Häftlinge des Konzentrationslagers in Börnicke misshandelt, manchmal auch mit Ochsenziemen und Knüppeln, „mit denen man ohne weiteres einen Menschen totschlagen konnte“, wie sich ein Augenzeuge später erinnerte. „Da werden Reden von Volksgemeinschaft losgelassen und dabei schlägt man die eigenen Volksgenossen fast zu Krüppeln.“ Am nächsten Morgen musste das Blut der Gepeinigten von den Wänden geschrubbt werden.

Vor 80 Jahren errichteten die Nationalsozialisten auf dem Gelände einer ehemaligen Zementfabrik in Börnicke, unweit der inzwischen stillgelegten Bahnlinie von Nauen nach Oranienburg, ein frühes Konzentrationslager. Die ersten Häftlinge – eine Gruppe von 15 Verhafteten aus Nauen – wurden am 17. Mai 1933 eingeliefert. Einige Tage später informierte der Landrat des Kreises Osthavelland, Günther Freiherr von Rheinbaben, den Regierungspräsidenten in Potsdam, Ernst Fromm, dass in Börnicke ein KZ für 50 Häftlinge eingerichtet worden sei. Am 20. Juni 1933 waren im Lager jedoch bereits 107, zwei Wochen später sogar 140 Gefangene inhaftiert. Insgesamt saßen in Börnicke bis zur Schließung des Lagers am 26. Juli 1933 etwa 500 Regimegegner ein.

Zerstörung durch Arbeit

Börnicke war eines von mindestens sieben bekannten frühen Konzentrationslagern in Brandenburg. Das erste war bereits am 21. März 1933 – dem „Tag von Potsdam“, an dem die Nationalsozialisten den Schulerschuss mit dem alten Preußen inszenierten – im Oranienburger Stadtzentrum errichtet worden. Weitere Lager gab es in Brandenburg an der Ha-

vel, Perleberg (Prignitz), Alt-Da-bern (Ostprignitz-Ruppin), Bernau und Fichtenau (Barnim).

Oft wird für diese Lager die Bezeichnung „wildes KZ“ verwendet. Der Politikwissenschaftler und Historiker Christoph Kopke vom Moses-Mendelssohn-Zentrum an der Universität Potsdam wehrt sich allerdings gegen diesen Begriff: „Er suggeriert, dass es in den späteren Konzentrationslagern weniger wild zugegangen ist, was nicht der Fall ist“, sagt er.

Laut Christoph Kopke wandten die Nationalsozialisten in den frühen Lagern bereits einige der Praktiken an, die auch später den Terror in den Konzentrationslagern prägten – insbesondere die Zerstörung durch Arbeit. Mit körperlich schweren und oftmals völlig unproduktiven Arbeiten sollten die Häftlinge gebrochen werden. Aborte mussten gereinigt, die Stiefel der Wachmannschaften blitzblank geputzt oder ein Sandhaufen von links nach rechts und wieder zurückgeschauelt werden. In der Osthavelländischen Rundschau hieß es am 28. Mai 1933: „Das Konzentrationslager im Dritten Reich ist kein Gefängnis, es ist eine Stätte disziplinierter Arbeit, in der Irreführte, die jahrelang hindurch politisch verhetzt wurden, die für einige Volksverräter willkommene Mittel für deren unsaubere Geschäfte waren, nun wieder zu brauchbaren Volksgenossen erzogen werden sollen, nicht durch Zwang, sondern durch die segensreiche Wirkung der Arbeit und durch geordnete Lebensweise.“ Dutzende Häftlinge überlebten die Strapazen in Börnicke nicht. Heute erinnert am Ortsausgang in Richtung Tietzow ein Obelisk an die Opfer.

Oft genügten Lappalien, um ins Lager geschickt zu werden

Die meisten Häftlinge waren Kommunisten und Sozialdemokraten, doch auch Pfarrer und einige Juden gehörten zu den Inhaftierten. Oft reichte die bloße Mitgliedschaft in der KPD oder der SPD, um ins Lager in „Schutzhaft“ geschickt zu werden. Auf diese Weise entledigten sich die Natio-

nalsozialisten ihrer politischen Gegner, von denen es in der Anfangsphase des Dritten Reichs im Osthavelland noch eine ganze Menge gab. Bei

den Reichstagswahlen am 5. März

1933 hatte fast die Hälfte der Bürger für die KPD oder die SPD und nicht für die NSDAP gestimmt.

Bereits vor der Wahl, im Februar 1933, hatte man damit begonnen, die Namen und Anschriften der Funktionäre von KPD und SPD listenmäßig zu erfassen. Von Mai 1933 an wurden sie in die Lager gebracht. Oft genügten schon Lappalien, um von der SA festgenommen zu werden, die mit Polizeivollmachten ausgestattet war. So berichtete die Osthavelländische Rundschau am 8. Juni 1933 über den arbeitslosen Robert Keller aus Hennigsdorf, der lediglich einen „Notdiebstahl“ begangen hatte, um sich etwas zu essen kaufen zu können. Wegen seiner Mitgliedschaft in der KPD kam er dennoch nach Börnicke ins KZ.

Das dortige Lager bestand aus einem Hauptgebäude, einer Häftlingsbaracke und einer weiteren flachen Baracke, die als SA-Schule eingerichtet war. Die Häftlinge schliefen auf Stroh, das bei Regen anfang zu faulen. Decken gab es keine, die Verpflegung war schlecht. Die Kosten für ihr Quartier von 1,50 Mark pro Tag mussten die Häftlinge beziehungsweise ihre Familien selbst bezahlen. So steht es im Buch „Börnicke im Osthavelland“ von Heino Brandes, das im Museum Falkensee vorliegt.

Verantwortlich für das Lager war der SA-Sturm 224, der auch das Nebenlager in Meißnershof – zwischen Velten und Hennigsdorf – beaufsichtigte. Ein Dutzend SA-Leute bewachte die Gefangenen. Dabei gaben sie sich keine Mühe, die Geschehnisse im Lager zu verbergen. Die ersten Konzentrationslager waren öffentlich, sogar die Zeitungen berichteten darüber zwischen Fußballergebnissen und der Ankündigung der nächsten Impftermine. Zwei Gründe gab es dafür, wie Wissenschaftler Christoph Kopke erklärt: „Damit wollten die Nationalsozialisten zum einen ihren politischen Gegnern

Angst machen. Zum anderen konnten sie damit ihren Anhängern beweisen, dass sie es ernst meinten mit ihrer Ankündigung, in Deutschland aufzuräumen.“

Der Terror ging auch nach der Schließung weiter

Einige der Häftlinge, die durch die Hölle von Börnicke gingen, wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs Bürgermeister im Osthavelland oder engagierten sich in anderer Form für ihre Gemeinden. Unter den Inhaftierten waren unter anderem Fritz Fenz, der spätere Bürgermeister von Wustermark, der Dyrotzer Ortschef Friedrich Wilhelm Drescher, Karl Höftmann, der Leiter der Falkenseer Schalmekapelle, sowie der Begründer des Falkenseer Heimatmuseums, Fritz Müller. Ellen Hovanski aus Hoppenrade war eine der wenigen Frauen, die in Börnicke einsaßen. Auch der Ketziner Bürgermeister Karl Reumschüssel wurde von der SA ins KZ geschickt. Er hatte es gewagt, die Hakenkreuzfahne vom Rathaus herunterzuholen, da es eine Parteifahne war, die an öffentlichen Gebäuden nicht aufgezogen werden durfte. Erst nach mehreren Wochen Haft kam Reumschüssel wieder frei.

Am 24. Juni 1933 verfügte der Potsdamer Regierungspräsident Ernst Fromm, dass sämtliche Häftlinge mit sofortiger Wirkung in das KZ nach Oranienburg zu überführen seien. Alle anderen Lager seien aufzulösen, so die Anordnung. Am 26. Juli 1933 wurde das Konzentrationslager in Börnicke offiziell geschlossen. 79 Gefangene wurden nach Oranienburg gebracht.

Doch selbst nach diesem Tag nahmen die Greuelthaten der SA in der Region kein Ende. Die Männer zogen weiter prügeln und mordend durch die Gegend. Im August 1933 etwa verschleppten sie den Nauener Karl Thon, nach dem heute in der Stadt eine Straße und ein Platz benannt sind. Sie zerrten ihn in ein Auto und rissen ihm dabei buchstäblich die Haare vom Kopf, berichteten Zeugen. Ein Jahr später wurde Thons Leiche, in einem Tonrohr versteckt, gefunden.

Einer seiner Peiniger gab später zu Protokoll: „Warum ich den Thon erschlagen habe, kann ich mir nicht recht erklären. Ich glaube mich aber berechtigt dazu.“ Mit genau dieser „Rechtfertigung“ trieben die Nationalsozialisten später noch Hunderttausende in die Gaskammern.



Am Ortsausgang von Börnicke in Richtung Tietzow erinnert dieser Obelisk an die Opfer des Konzentrationslagers. FOTO: PHILIP HÄFNER

KURZ & KNAPP

Neue Stolpersteine in Falkensee und Ribbeck

FALKENSEE/RIBBECK | Die Verlegung von zwei weiteren Stolpersteinen, die an Opfer des Nationalsozialismus im Osthavelland erinnern, sind das Hauptthema des nächsten Treffens der Falkenseer Vorbereitungsgruppe. Gedacht werden soll diesmal Gertrud Voss, Opfer der NS-Krankentodern, und dem konservativen Gutsherrn Hans von Ribbeck. Einzelheiten werden am Mittwoch, dem 22. Mai, ab 19 Uhr im Museum an der Falkenhagener Straße in Falkensee besprochen.

Schülerfirma hofft auf Stimmen

FALKENSEE | Das Falkenseer Porsche-Junior-Team beteiligt sich wieder am Bundes-Contest für Schülerfirmen. An der Abstimmung bei diesem Wettbewerb können sich alle Interessierten beteiligen.

www.pjt-falkensee.de oder www.bundes-schuelerfirmen-contest.de

Der Mond wird beobachtet

STAAKEN | In der Staakener Sternwarte an der Heerstraße 531 wird heute ab 19 Uhr der Mond beobachtet. An seiner Schattengrenze ist gerade „Sonnenaufgang“.

Kompromiss in Sicht

Anliegerstraßen: Hauptausschuss kommt kritischen Einwohnern entgegen

Von Stefan Kuschel

FALKENSEE | Am Ende war es Ursula Nonnemacher (Grüne), die einen Vorschlag machte, der allen Beteiligten im Ringen um Kosten des Anliegerstraßenbaus in Falkensee die Chance bietet, mit gutem Gefühl aus der Debatte zu gehen. Wie wäre es, so fragte die Landtagsabgeordnete im Hauptausschuss, wenn der Einwohnerantrag bis zur Stadtverordnetenversammlung (SVV) zurückgezogen werden würde. „Alle Fraktionen nehmen Ihr Anliegen sehr ernst, Ihre Intentionen sind partiell berücksichtigt worden, und wir sind Ihnen sehr entgegen gekommen“, sagte Ursula Nonnemacher mit Blick auf die Initiatoren.

Denen will sie es ersparen, dass ihr Anliegen in der SVV Ende Mai erneut abgelehnt wird. „Man könnte dann sagen, dass einiges erreicht wurde“, versuchte die Grüne, eine Brücke zu bauen. Wie schon der Baulehnte auch der Hauptausschuss den Einwohnerantrag aus formalen Gründen einhellig ab – Formulierungen darin sind falsch oder unpräzise

und hätten keinen rechtlichen Bestand. „Wir können diesen Antrag daher nicht beschließen“, sagte Ursula Nonnemacher.

Auch in dieser Runde wurde deutlich, dass sich der von Stadtverordneten aller Parteien erarbeitete Katalog mit Kriterien zum Anliegerstraßenbau (Definition des Grundsatzes, Abweichungen davon, mögliche Provisorien) dicht an den Forderungen der Einwohner bewegt. Sie fordern mehr Mitsprache und Flexibilität sowie kostengünstigere Bauvarianten.

„Sie haben schon jetzt Erfolge erzielt“, sagte Daniela Ziebnitz (CDU), „wir alle sind sensibilisiert, Lösungen zu finden und hoffen auf einen Konsens.“ Der Kriterienkatalog sei ein „guter Kompromiss“ und ein „Fortschritt für die Bürger“. Wie sich die Bürgerinitiative Contra, die den Einwohnerantrag initiiert hatte, entscheidet, ist offen.

Deren Vertreterin gestand am Mittwochabend zu, dass der Antrag „mit der heißen Nadel“ gestrickt worden war und es vermutlich deshalb zu den Fehlern bei einigen Formulierungen gekom-

men sei. Selbstkritisch räumte sie ein, dass man ihn so wohl hätte nicht vorlegen dürfen. Ungeachtet dessen sei man weiter der Meinung, dass der Anliegerstraßenbau zu aufwändig und zu teuer sei für Strecken, auf denen so gut wie nichts los sei. Hinzu kämen „Kostentreiber“ wie Gehwege, darüber müsse man reden und gemeinsam nach Lösungen suchen.

Bürgermeister Heiko Müller (SPD) entgegnete, in Falkensee werde schon so schmal wie möglich gebaut, um den Begegnungsverkehr von Fahrzeugen gewährleisten zu können. Baumschutz stehe ebenfalls oben an. Der Bau von Gehwegen indessen sei ein politischer Entschluss zugunsten der Sicherheit für Kinder, Senioren, Menschen mit Behinderungen und andere Passanten. Fragen des Baugrunds und der Bauklassen müssten Fachleute beantworten, dies könnten weder Bürger, noch Stadtverordnete oder Verwaltungsleute. Der Masterplan Anliegerstraßenbau sei „ein Zugewinn erster Güte“, weil er den Bürgern frühzeitig Auskunft gebe, was auf sie zukomme. Und die jetzt von allen Parteien getragenen Kriterien beim Straßenbau seien hilfreich für Planer und Bürger, ließen aber Abweichungen im Einzelfall zu.

Neue Fahne gehisst

Spende für den Rathaustrum von Spandauer Ehepaar

SPANDAU | Auf dem Spandauer Rathaustrum weht eine neue, schnee-weiße große Bezirksfahne. Sie ist 2,40 Meter mal 4 Meter groß. Ein Unternehmer-Ehepaar hatte sich bereit erklärt, diese Hissfahne zu sponsern.

Seit mehr als 20 Jahren führen die beiden Spender Harm Rolfs und Susann Rolfs-Grasmé ein Architekturbüro mit Aufträgen von öffentlichen und privaten Bauherren, seit fünf Jahren sind sie zudem im Immobilienbereich in

Spandau und Berlin, Potsdam und Umgebung tätig. Als Grund für ihr Engagement nannten sie ihre Verbundenheit mit dem Bezirk Spandau, in dem sie gerne leben und arbeiten. Bezirksbürgermeister Helmut Kleebank: „Es ist sehr erfreulich, dass die Finanzierung der Spandauer Hissfahnen für den Rathaustrum durch die Bereitschaft von Spandauer Firmen, diese zu sponsern, gesichert ist und dadurch der bezirkliche Haushalt geschont werden kann.“



In luftiger Höhe: Helmut Kleebank, Harm Rolfs (r.) und Susann Rolfs-Grasmé beim Hissen der Flagge. FOTO: BEZIRKSAMT